

Linke Grundwerte als Gegenpol zum Bürgertum : in die Zange genommen : der Berner Politologieprofessor und Gurten-Manifest-Autor Wolf Linder

Autor(en): **Hänsenberger, Urs / Kaufmann, Michael / Linder, Wolf**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur**

Band (Jahr): **79 (2001)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-341619>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Linke Grundwerte als Gegenpol zum Bürgertum

In die Zange genommen: Der Berner Politologieprofessor und Gurten-Manifest-Autor Wolf Linder

Der Berner Politologieprofessor Wolf Linder ist ein kritischer Beobachter seiner Partei, der SP. Als Mitautor des Gurten-Manifests hat er zusammen mit drei Kolleginnen und Kollegen eine Provokation lanciert und die Frage, wie weit die SP nach rechts rutschen soll. Im Streitgespräch mit der Roten Revue erklärt Linder, was er wirklich meint. Er will nicht Blairs Labour der Mitte, sondern eine linke Volkspartei. Die SP soll die ganze linke Wählerschaft ansprechen, und zwar so, dass auch Nicht-Parteimitglieder sie verstehen. Und überraschend: Linder fordert als Gegenstück zur Globalisierung eine bewusst nationale Politik der Linken.

Das Gespräch führten die RR-Redaktoren Urs Hänsenberger und Michael Kaufmann.

RR: Wolf Linder, Sie wollten mit dem Gurten-Manifest provozieren. Die Debatte kam aber gar nicht in Gang, denn es gibt viele GenossInnen, die über das Manifest gar nicht erst reden mögen. Was sagen Sie zu diesen?

Wolf Linder: Wer provoziert, muss bereit sein, Kritik einzustecken. Wir haben die Ablehnung als ideologische Abweichler erlebt. Da Dogmatik alle Wahrheit kennt, bringt sie uns kaum weiter. Dann haben wir neben sachlicher Kritik auch viel Zustimmung gefunden. Schliesslich gab es jene, die das Manifest ohne grosse Diskus-

sion zur Kenntnis genommen haben und mit dem politischen Alltag weiterfahren. Diese verstehe ich gut. Ich bin sicher, dass sich viele von unserem Text anregen liessen. Sie haben zur Kenntnis genommen, dass wir einen Beitrag zur Positionierung der Linken leisten wollen. Was danach kommt, soll sich ergeben.

RR: Schön gesagt. Aber Ihr Papier ist doch sehr schillernd und schwankend zwischen einer Analyse der Lage und einer inhaltlichen Positionierung, die sehr stark in Richtung politischer Mitte zeigt. So ganz im luftleeren Raum bewegen Sie sich ja nicht.

Linder: Es gehört zur Kultur der Sozialdemokratie, dass es verschiedene Positionen gibt. Wir verstehen uns als Teil der Linken, gerade auch, weil wir dezidiert alle Wählerinnen und Wähler links der politischen Mitte ansprechen wollen. Ich unterstreiche, dass ich keine Partei der Mitte möchte, wie sie in England Tony Blair anstrebt.

RR: Aber Sie träumen von der 35-Prozent-Partei und schielen stark auf die Mitte.

Linder: Ich sagte, links der Mitte. Mir als Politologen fällt auf, dass die schweizerische SP weit weniger WählerInnen für ihre Politik mobilisiert als unsere Schwesterparteien in den umliegenden Ländern. Das muss doch zu denken geben. Wenn ich Abstimmungen und Wahlen analysiere, stelle ich fest: Es gibt in dieser Gesell-

schaft nach wie vor ein Oben und ein Unten, wir haben verschiedene gesellschaftliche Schichten. Aber diese Schichten wählen und stimmen nicht mehr parteispezifisch, sondern querbeet und oft sehr ungebunden. Es ist also nicht mehr die Frage zu stellen, ob die SP eine auf bestimmte Schichten ausgerichtete Partei ist, also eine ArbeiterInnen-, eine Angestelltenpartei oder eine neue Mittelparitätspartei. Vielmehr ist zu fragen, wie die SP künftig attraktiv ist für eine Wählerschaft aus allen Schichten, die etwas Gemeinsames teilt: eine linke Grundhaltung. Linke Grundwerte – vor allem mehr sozialer Ausgleich durch Steuern und Sozialpolitik, mehr Ökologie, mehr Chancengleichheit, weniger Armee – finden sich in Befragungen bei ungefähr 35 Prozent der WählerInnen. Dieser Teil der Wählerschaft, der sich deutlich vom bürgerlichen Lager unterscheidet, ist anzusprechen.

RR: Das ist nichts Neues. Rechnet man die Grünen und die linken Parteien der Romandie zusammen, existieren diese 35 Prozent schon heute. Kommt dazu, dass wir ein Konkurrenzsystem wie in den umliegenden Ländern nicht einfach mit der Konkordanzdemokratie Schweiz vergleichen können. In der Konkordanzdemokratie ist das Ziel von 35 Prozent sehr schwierig, wenn man bedenkt, dass da ja noch andere linksgrüne Parteien sind. Ihre Strategie könnte sogar darauf hinauslaufen, dass die SP WählerInnen-schichten bis in die Mitte hinein holt, dafür aber links massiv verliert. Ein Nullsummenspiel um den Preis des Verlusts politischer Inhalte.

Linder: Ich bestreite erstens, dass diese 35 Prozent nur aus SP, Grünen und weiteren Linken bestehen. Es gibt eben auch WechselwählerInnen zwischen dem bürgerlichen und dem linken Lager. Diese holte die SP in den Nationalratswahlen 1995 nicht zuletzt dank einem linksliberalen Wirt-

schaftskonzept. Diese Kreise müssen wir wieder gewinnen. Es ist zweitens richtig, dass wir in der Schweiz ein anderes Wahl- und Politiksystem haben. Ich glaube aber nicht, dass deswegen der Vergleich mit den ausländischen Schwesterparteien falsch ist. Natürlich träumen wir nicht von 51 Prozent und absoluten Mehrheiten. Damit haben ja auch sozialdemokratische Parteien in europäischen Konkurrenzdemokratien sehr Mühe. Entscheidend ist nur, dass wir unser Potential weniger gut nutzen. Dazu gehören genauso ArbeiterInnen und Angestellte wie auch bürgerliche Kreise, die links stehen und die mit unserem Gedankengut etwas anfangen können. Darauf zu verzichten ist falsch, denn ein grösserer WählerInnenanteil bedeutet immer auch mehr politischen Einfluss. Mehr Macht wollen wir doch.

RR: Und die Konkurrenz der linken Kleinparteien?

Linder: Ich plädiere nicht für einen inhaltlichen Rutsch nach rechts. Im Gegenteil dürfen und sollen wir weiterhin unsere linken Grundwerte als Gegenstück zu der bürgerlichen Ideologie zur Geltung bringen. Aber: Wir müssen eine Sprache finden, die dieses ganze breite Spektrum – von ganz links bis hin zur Mitte – auch versteht.

RR: Also eine reine Frage des Sprachgebrauchs und des Politmarketings?

Wolf Linder: Sicher auch. Die SP ist eine spannende Partei für die Aktiven. Aber viele Diskurse und Themen sind für die breite Wählerschaft nicht attraktiv. Das stört mich, besonders wenn ich die Proportionen betrachte: Die Parteimitglieder machen nur 8 bis 10 Prozent unserer gesamten Wählerschaft aus. Über 90 Prozent wählen SP, ohne Parteimitglied zu sein. Da stellt sich doch die Frage: Sind wir eine Partei für die Mitglieder – oder eine Partei für die Wählerschaft? Ange-

**Ich plädiere
nicht für einen
inhaltlichen
Rutsch nach
rechts.**

sichts der schwachen Position der SP gibt es nur eine Antwort: Wir müssen vermehrt für die grosse Zahl jener da sein, die weniger ideologisch denken, die armeekritisch sind, ohne die Armee gleich abschaffen zu wollen, die aber für gesellschaftliche Gerechtigkeit, sozialen Ausgleich, und für Solidarität zu haben sind.

RR: Aber es ist doch bekannt, dass die SP-Mitglieder eher für die Armeeabschaffung sind. Sollen sie das verstecken?

Wir haben als

Linke ein klares

Wertesystem und

das sollen wir

auch behalten.

Linder: Nein. Alle wissen, dass die SP armeekritisch ist. Aber diese Haltung ist in den letzten Jahren ergänzt worden durch eine konsequente sicherheitspolitische Linie. Da wäre es doch wenig glaubwürdig gewesen, ein Ja zur Armeeabschaffung herauszugeben und gleichzeitig mit den Bürgerlichen um eine massiv verkleinerten Armee zu diskutieren. Die Partei muss sich gut überlegen, ob sie sich jeweils aus der politischen Debatte ausklinken will, statt mitzumischen und ernst genommen zu werden.

RR: Mitmischen um den Verlust grundsätzlicher Positionen?

Linder: Das muss nicht sein. Wir haben als Linke ein klares Wertesystem und das sollen wir auch behalten. Inhaltlich bedeutet dies: Steuergerechtigkeit, sozialer Ausgleich, mehr Priorität für den Umweltschutz, gleiche Chancen in der Bildung, eine Sicherheitspolitik, die nicht nur auf der Armee beruht, und so weiter. Das sind klare Positionen, die sich vom Bürgertum abheben. Das stimmt ja überein mit den Werthaltungen jener 35 Prozent WählerInnen, von denen ich vorher gesprochen habe.

RR: Daran ist nun aber nichts Neues, wenn wir die Realität betrachten. Im Durchschnitt macht die SP genau das. Sie ist nun ja wirklich keine revolutionäre Partei. Wozu denn das Gurten-Manifest?

Linder: Viele dieser politischen Positionen werden ideologisch überhöht. Und zwar in einer Sprache und in einer Prioritätensetzung, die viele nicht verstehen. Es kommen zu viele SP-Forderungen, die nicht zum Kerngeschäft gehören. Forderungen, wie etwa das Referendum zum Beamtenstatut, die ja nicht einmal von der eigenen Wählerschaft getragen wurden. Anstatt dass die Partei von den Grundsatzwerten ausgeht, verzettelt sie sich aus Rücksicht auf Gruppen und Grüppchen.

RR: Aber es gibt jene Abstimmungen, die auf der SP-Hauptlinie liegen und die wir dann verlieren, weil wir kein Geld für einen Abstimmungskampf haben.

Linder: Hier liegt das Problem nicht. Es ist nicht primär eine Frage der Ressourcen, sondern der Strategie. Die SP muss den Mut haben, einer Gruppe – wie in unserem Beispiel den Beamtengewerkschaften – zu sagen: Euer Anliegen in Ehren, aber das ist reines Gruppeninteresse und entspricht nicht der Gesamtbeurteilung, die wir als Volkspartei gemacht haben. Bei vielen Abstimmungen könnten wir auch zehnmal mehr Geld haben – und würden trotzdem verlieren. In der Beamtenfrage ging die Wahrnehmung des Gewerkschaftslagers völlig am Volk vorbei. Diese Abstimmung wäre nie zu gewinnen gewesen.

RR: Aber es gibt immer wieder Volksinitiativen, die die SP unterstützen muss, weil sie mit unseren Grundwerten zu tun haben. Zum Beispiel Menschenrechts- und Asylfragen, die Solarinitiative, die Genschutzinitiative. Es gibt also Fälle, wo man antreten muss und das Resultat allein nicht entscheidend ist. Nicht jedes negative Abstimmungsergebnis ist Ergebnis einer Kamikaze-Übung, wie Sie das im Manifest bezeichnen. Die SP kann nicht immer nur dem Volk nach dem Maul reden.

Linder: Das ist auch nicht meine Meinung. Aber wir müssten unser eigenes Pro-

gramm besser kennen. Beispiel: Das Gurten-Manifest wurde heftig kritisiert, weil wir in der Migrationspolitik – als Gegenstück für eine verstärkte Integration – eine Einwanderungsbegrenzung zur Diskussion stellen. Die Kritiker vergassen, dass dies genau gleich formuliert bereits im SP-Parteiprogramm von 1982 festgeschrieben ist. Warum also die Aufregung? Und welche Prioritäten werden in der SP-Politik sichtbar? Selbstverständlich bin ich auch für Solidarität mit den sans-papiers. Aber nicht nur. Nach vier Jahrzehnten starker Einwanderung gibt es Hunderttausende von Ausländerinnen und Ausländern, die wenig integriert sind und in der Bildung oder auf dem Arbeitsmarkt benachteiligt bleiben. Auf deren Integration, auf die Vermeidung einer Zwei-Klassen-Gesellschaft legt unser Parteiprogramm Priorität. Ich glaube, das ist eine vernünftige Priorität, die auch verstanden wird. Würde sich die SP in der Migrationspolitik noch deutlicher den Fragen besserer Integration, besserer Bildung und der Chancengleichheit etwa der AusländerInnen zweiter und dritter Generation zuwenden, wäre das nicht nur programmkonform, sondern auch erfolgreich.

RR: Sie erliegen dem Phänomen, dass die Medien die konstruktiven Vorschläge der SP meist gar nicht aufnehmen. Sonst hätten Sie mitbekommen, dass die SP im vergangenen Juni an einer Delegiertenversammlung bildungspolitische Thesen verabschiedet hat, die genau auf Ihrer Linie liegen. Die Partei macht sehr viel von dem, was Sie verlangen. Da es aber meist Vorschläge sind, die man von uns ohnehin erwartet, ist es in der Berichterstattung keine zehn müde Zeilen wert. Das Gurten-Manifest bietet keinen Ansatz, wie diese Problematik in der Praxis aufgefangen werden kann.

Linder: Ich sehe das. Das Bohren an dicken Brettern wird wenig honoriert. Aber als Aussenstehender, der nicht im Alltag

der Partei verankert ist, sehe ich zu viele Nebenthemen und zu wenig Hauptsächliches. Mit dem Gurtenmanifest haben wir kein Rezeptbuch geschrieben, sondern ein offenes Diskussionspapier. Eines kann ich sagen: Dieser Anstoss hat das erste Mal in meiner Tätigkeit an der Universität dazu geführt, dass mich viele Studierende als SP-Mitglied angesprochen und zur Diskussion über Politik eingeladen haben. Stil und Aussagen des Manifests führten also zur Korrektur des Eindrucks politisch interessierter Studierender, dass Parteipolitik nur etwas für alte, graue Männchen sei. Das bestärkt mich in der Meinung, dass die SP vor allem junge Menschen besser ansprechen könnte. Unser Politstil ist zu wenig offen und zu insiderhaft.

RR: Aber die SP provoziert doch, sie fördert die offene Debatte. Zum Beispiel zu den Bundesratswahlen, zur Europa- und UNO-Politik, aktuell zur Swissair.

Linder: Das wäre auch gut, falls weniger Zickzackkurs gefahren würde. Zum Beispiel die letzte Bundesratswahl: Da verkündete man, die SVP solle aus dem Bundesrat rausgeworfen werden – und konnte dann nicht einmal einen linksbürgerlichen Kandidaten präsentieren. Solche Politik ist nicht ernst zu nehmen. Oder in der Swissair-Frage: Am Tage des Swissair-Crashes sagte Rudolf Strahm im Fernsehen, eine staatliche Unterstützung sei falsch. Drei Tage später sagt die SP-Spitze das genaue Gegenteil. Ich fordere konsistentere Politik.

RR: Sie kann das aber nicht tun, wenn die Konzepte, die zur Verfügung stehen, widersprüchlich sind. Das Gurten-Manifest trägt zu dieser Widersprüchlichkeit bei. Zum Beispiel in den Aussagen über Gesundheits- und Fürsorgepolitik. Sie sprechen von mehr Eigenverantwortung und setzen damit einen anderen

Unser Politstil ist

zu wenig offen

und zu

insiderhaft.

Schwerpunkt als das die SP-Politik tut. Was bedeutet Ihre Forderung konkret?

Linder: Man macht uns zum Vorwurf, dass wir das bürgerliche Wort Selbstverantwortung verwenden. Ich verstehe den Vorwurf nicht, denn wir leben in einer individualistischen Gesellschaft. Wir halten das Ziel der Selbstverwirklichung hoch. Das Gegenstück dazu ist die Eigenverantwortung. Ohne das geht es nicht. Also muss man darüber reden.

Der

**paternalistische
Fürsorgestaat ist
überholt.**

RR: Natürlich gehört Eigenverantwortung dazu. Was bedeutet Ihre Prioritätensetzung konkret. Abbau im Sozial- und Fürsorgebereich?

Linder: Nein. Aber wir können vor allem in der Fürsorgepolitik vieles nicht mehr im althergebrachten Schema ablaufen lassen. Sonst wird sie unbezahlbar, und vor allem: nicht mehr vertretbar. Warum soll ich von einem Fürsorgeabhängigen nicht auch eine Leistung verlangen können? Ist es richtig, dass Sozialhilfeempfänger mehr Geld zur Verfügung haben als eine Globus-Verkäuferin, die ihre acht Stunden absteht? Das könnt Ihr doch niemandem in der Schweiz plausibel machen.

RR: Das ist so, weil im Verkaufsgewerbe die Löhne unanständig tief sind. Ihr Ansatz läuft in der Richtung einer Nivellierung nach unten. Das hat nun mit linker Politik wirklich nichts mehr zu tun.

Linder: Ich sage ja gar nicht, die Löhne bei Globus seien gerecht. Und ich mag den Sozialabhängigen ihren Beitrag gönnen. Aber: Die Leute, die vom Staat Unterstützung erhalten, sollen dafür eine zumutbare Leistung erbringen. Mich stört es, dass man sich in den Städten über Jahre gegen die Idee sträubte, ausgesteuerte Arbeitslose ein paar Stunden dafür einzusetzen, um beispielsweise Trams zu putzen. Leistung und Gegenleistung muss doch in den Sozial-, Fürsorge- und Gesundheitsberei-

chen genauso ein Prinzip sein wie in der Sozialversicherung. In der AHV erbringe ich Beiträge und erhalte dafür einen Rentenanspruch. Auf dem Grundsatz der Gegenseitigkeit von Leistung und Gegenleistung beruhen alle klassischen Sozialwerke – in einigen andern Bereichen haben wir das vergessen.

RR: Was ist die politische Konsequenz dieser Aussage?

Linder: Wir dürfen die geschilderte Problematik nicht einfach der SVP überlassen. Die SP hat die Verantwortung, hier vorzudenken und soziale Modelle zu realisieren. Wir müssen beweglicher werden und dürfen mit Blick auf unsere Klientel nicht einfach die bisherigen Systeme verteidigen. Der paternalistische Fürsorgestaat ist überholt und muss durch neue Anreiz- und Abgeltungssysteme ersetzt werden.

RR: Es ist ein Cliché, dass die Schweiz ein paternalistischer Fürsorgestaat sei. Im Gegenteil stehen wir im internationalen Vergleich als reiches Land bescheiden da.

Linder: Man sagt mir immer, in der Schweiz sei alles anders. Um einiges beneiden uns andere Länder – etwa um das Dreisäulenprinzip und die AHV. In anderen Bereichen – etwa der Arbeitslosen- und der Fürsorgepolitik – lese ich, wir seien nicht besonders innovativ im internationalen Vergleich. Da sollten wir mehr Mut zeigen für neue Ideen. Tun wir das nicht, kommen unter bürgerlicher Vorherrschaft Modelle zum Zug, die nur noch den Allerbedürftigsten helfen. Das will ich nicht.

RR: Sie erwähnen die AHV positiv. Ist hier denn alles bestens oder schlagen Sie hier in dieselbe Kerbe?

Linder: Ich habe grossen Respekt vor der AHV-Politik von Ruth Dreifuss. In einer

ungünstigen Wirtschaftskonjunktur, in der ein vielstimmiger bürgerlicher Chor den Bankrott dieses Sozialwerks prophezeit und einige die AHV gar abschaffen wollten, hat sie die AHV verteidigt, ohne die Finanzierungsfragen zu verniedlichen. Mit ihrer Linie hat sie viele überzeugt, dass ein Generationenvertrag wie die AHV nicht zum Spielball konjunktureller Ängste und politischer Spekulationen werden soll. Aber auch hier dürfen wir nicht verkrustet sein, denn das 3-Säulen-Modell – so gut es heute in der internationalen Bewertung steht – wird weiterhin Anpassungen erfordern.

RR: Insgesamt sind aber Ihre Vorschläge in diesem klassischen Bereich auch nicht populär. Mit hochkomplexen Modellen holen auch Sie zehn zusätzliche Wählerprozente nicht.

Linder: Natürlich macht die SP immer dann Schlagzeilen, wenn sie radikal ist – oder wenn sie internen Streit hat. Ich plädiere dafür, auf diese Einzelereignisse eher zu verzichten und statt dessen ein Prinzip der Kontinuität aufzubauen. Wir müssen uns beispielsweise entscheiden, ob wir zur Konkordanz stehen oder ob wir in jeder Fernsehdebatte die SVP als nicht regierungsfähig bezeichnen wollen. Das Schlimmste ist es, einmal das Eine zu sagen, das andere Mal wieder das Umgekehrte.

RR: Was ist das Rezept? Soll man – beispielsweise – nach Davos oder Genäva gehen und dort gegen die Globalisierungspolitik der Konzerne antreten – oder soll man die Globalisierung loben und gemäss Gurten-Manifest die besten Aspekte der Globalisierung konkret nutzen? Das ist eine Frage, die die SP entscheiden muss. Beide Positionen, das geht nicht.

Linder: Man darf die Frage nicht so stellen. Denn es gibt Gewinner der Globali-

sierung und es gibt Verlierer. Jeder und jede von uns ist einerseits Gewinner und Verlierer. Deshalb plädiere ich für eine differenzierte Haltung. Wir werden künftig mehr und schärfer darüber nachdenken müssen, wo und wie wir in dieser globalisierten Welt Einfluss nehmen könnten, um die Entstehung noch grösserer Ungleichheit zu vermeiden. Zum Beispiel durch die Vernetzung von Schweizer Entwicklungspolitik und Aussenwirtschaftspolitik oder durch Einsatz von Umweltschutzgeldern in internationalen Projekten. Andererseits gibt es auch ein nationales Interesse als Gegenstück zur internationalen Politik. Die SP darf durchaus auch mal darüber reden, was aus linker Sicht nationales Interesse bedeutet.

RR: Sie überraschen uns!

Linder: Als es Ende des 19. Jahrhunderts um die Nationalisierung der Eisenbahnen oder anfangs des 20. Jahrhunderts um die Konzessionierung der Wasserkraft ging, war das eine klare nationale Politik gegen den Versuch deutscher Unternehmen, die Schweizer Unternehmen des Service Public aufzukaufen. Heute sind wir angesichts der globalisierten Märkte wieder an einem ähnlichen Ort. Nur haben das ideologisch strammstehende Wirtschaftsführer im Umfeld der FDP und einige Spitzenbeamte noch nicht begriffen: Für sie gab es in den letzten 10 Jahren nur noch private Güter und Markt. Fliegt dann die Swissair nicht mehr, entdecken die gleichen Leute plötzlich: wir haben ein nationales Interesse, der Staat soll zahlen. Alle reiben sich die Augen, kaum jemand hat in unserem Land diskutiert, was denn unsere nationalen Interessen künftig sein könnten. Jetzt, da wir den Wendepunkt erreicht haben, könnte die SP in dieser Frage die Nase vorn haben.

RR: Steht diese Haltung nicht im Widerspruch zur Tendenz des Gurten-Mani-

Die SP darf auch mal darüber reden, was aus linker Sicht nationales Interesse bedeutet.

feists, das den Einfluss des Staats abbauen will und jenen der Märkte stärken?

Linder: Nein. Es gibt Bereiche der Politik – zum Beispiel im Service public –, die durchaus unter staatlichem Einfluss stehen müssen. Es gibt aber andere, wie die Landwirtschaft, die man besser dem Markt überlässt. Die Frage, wie viel Markt und wie viel Staat sich im Einzelfall ergänzen, ist pragmatisch zu lösen. Dabei könnte das Kriterium des nationalen Interesses meiner Ansicht nach wieder eine grössere Rolle spielen.

RR: Von dieser differenzierten Position zur Forderung einer nationalen Politik der Linken ist aber ein Quantensprung.

Linder: In der Globalisierung versuchen auch die neo-liberalsten Regierungen, für ihre Bevölkerung besondere Vorteile heraus zu holen. Der Grund ist einfach: Regierungen werden von einem Staatsvolk gewählt und nicht von einem global village.

RR: Heisst das, Sie sind – im Gegensatz zu Kollegin Sommaruga – ein Skeptiker der Strommarktliberalisierung, wie sie das umstrittenene Elektrizitätsmarktgesetz bringt?

Linder: Ja. Wenn wir uns die ökologischen Vorteile der Schweizer Stromproduktion erhalten wollen, nämlich 60 Prozent der Produktion aus erneuerbarer Wasserenergie, dann möchte ich sicherstellen, dass nicht nur das Netz, sondern auch die Werke unter unserem Einfluss stehen. Wie weit wir mit dem Elektrizitätsmarktgesetz die Vorteile unserer Produktion behalten oder im Markt verlieren, bin ich mir nicht sicher.

RR: Da kehrt der Gurten-Manifestler Linder durch die Hintertüre zum Etatismus zurück!

Linder: Nein, denn ich will ja nicht mit althergebrachter Ideologie politisieren,

sondern neue Formen im Rahmen des linken Wertsystems finden. Blocher macht einen Nationalismus, der auf dem vorletzten Jahrhundert und auf einer traditionalistischen Gesellschaft beruht. Wir kopflastigen SPler begeistern uns für Europa und für die UNO. Und der halbe Beamtenapparat der Schweiz vollzieht nach. Das ist zwar gut und richtig. Aber wir müssen auch die nationale Frage neu diskutieren und schauen, was uns die Öffnung bringt und wo wir nach wie vor Abgrenzungen brauchen. Nur im Rahmen eines national organisierten Staats kann sich bisher Demokratie entfalten. Die Sozialpolitik kann man international nicht lösen. Die internationale Völkergemeinschaft ist kein Ersatz für Heimat, Identität und Integration verschiedener Volksgruppen in einem Staat. Globalisierung macht den Staat keineswegs entbehrlich – er hat auch künftig eine Aufgabe. Und die ist es, das Interesse und Wohl seiner Bevölkerung zu wahren. Das darf die Schweizer Linke nicht vergessen.

Gurten-Manifest

Das Gurten-Manifest von Simonetta Sommaruga (Nationalrätin), Wolf Linder (Politologe), Tobias Kästli (Historiker) und Henri Huber (Gemeindepräsident Köniz) hat im Frühjahr 2001 innerhalb der SP und der Linken eine Debatte ausgelöst. Das provokative Papier gibt auf knappen 11 Seiten Anstösse und ist stark von den Konzepten einer modernen sozialen Marktwirtschaft geprägt. Es stellt die Frage, ob die öffentliche Hand und der Staat überall eingreifen sollen und erachtet das bisherige Staatsverständnis der Linken als defensiv und veraltet. Gurten-Manifest unter: www.gurtenmanifest.ch